

3.30 UN Sozialpakt endlich umsetzen

Die Bildungsgewerkschaft GEW fordert hiermit die Bundesregierung auf, die sich aus dem UN-Pakt zur Wahrung der wirtschaftlichen, sozialen und kulturellen Rechte (kurz UN-Sozialpakt) ergebenden Verpflichtungen endlich zu erfüllen und umzusetzen.

Wir fordern die politisch Verantwortlichen hiermit auf, mit sofortiger Wirkung:

1. Gebühren für Bildung wie z.B. Studiengebühren, Schulgeld und KiTa-Gebühren abzuschaffen und zu ächten.
2. Eine staatlich finanzierte, elternunabhängige, herkunftsunabhängige, bedarfsdeckende, armutsfeste Grundsicherung mit automatischer Anpassung an evtl. Preissteigerungen einzurichten. Diese ist als Vollzuschuss zu konzipieren, der nicht zurückgezahlt werden muss. Ganz so wie es Artikel 13 Abs. 2 e des UN-Sozialpaktes fordert.
3. Maßnahmen zu ergreifen, die die Durchlässigkeit im Bildungssystem verbessern.
4. Maßnahmen zu ergreifen, die den Einfluss des sozialen Hintergrundes auf den Erfolg im Bildungssystem zurück drängen.
5. Der Verantwortung für Bildung in der Gesellschaft nachzukommen. Dies bedeutet für die GEW, dass die Hochschulen aus dem erst künstlich geschaffenen Wettbewerb um staatliche Mittel herauszulösen und vom Staat aufgabengerecht zu finanzieren sind.